



Finanzen/Haushaltskonsolidierung

Studie belegt: NRW ist Sorgenfall

Schlechte Noten für die Landesregierung. Der „Konsolidierungscheck“ des IW/Köln belegt, dass trotz stetig steigender Steuereinnahmen ein Defizitabbau nicht stattfindet. Der Landeshaushalt wird weiterhin stur auf Kosten der kommenden Generationen geplündert.

Die Studie des Deutschen Instituts der Wirtschaft bezeichnet die Haushaltspolitik der Regierung Kraft als ‚risikobehaftet‘. Sie zeigt deutlich: Wenn SPD und Grüne so weiter machen, wird Nordrhein-Westfalen die Schuldenbremse im Jahr 2020 niemals einhalten können.

Wörtlich: „In der nordrhein-westfälischen Finanzplanung machen globale Minderausgabe und Mehrausgabe in den kommenden Jahren über eine Milliarde Euro aus. Das ist immerhin ein Drittel des aktuellen strukturellen Defizits.“ Und weiter: „Ob der Defizitabbau in Höhe von einer Milliarde Euro im Tagesgeschäft der Landesregierung gelingt, wird sich folglich erst zeigen, wenn das Haushaltsjahr bereits beendet ist und die Abrechnung kommt.“ Fakt ist: Außer Allgemeinplätzen gibt es auch im Haushaltsentwurf 2014 keine nennenswerten Sparmaßnahmen.

Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse muss ab 2020 eingehalten werden. Wenn man jetzt nicht handelt, werden die Einschnitte dann umso härter ausfallen.

Kriminalität

Rechtsfreie „No-Go-Areas“ in NRW?

Jüngst musste die Polizei in Aachen einer Gruppe Gewaltbereiter zurückweichen, die die Beamten an der Festnahme eines per Haftbefehl gesuchten 20-jährigen Mannes hinderten. Die Polizei fordert schnelles politisches Handeln.

Unter keinen Umständen darf es in unserem Land rechtsfreie Räume geben. Im Sinne von Freiheit und Sicherheit muss hier eine Null-Toleranz-Politik durchgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung mittels einer Kleinen Anfrage, ob es in NRW sogenannte rechtsfreie „No-Go-Areas“ gibt, in denen die Polizei machtlos ist und wie die Polizei bei offensichtlicher Überzahl gewaltbereiter Personen die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht erhalten kann. Mehr: <http://kurzlink.de/GGnogoareas>.

Rundfunkgebühren

Überschüsse müssen zu Beitragssenkung führen

Zu Beginn des Jahres wurde die GEZ durch eine neue Rundfunkgebühr ersetzt. Nun scheint die neue Gebührenordnung zu erheblichen Mehreinnahmen zu führen. Die CDU Landtagsfraktion fordert niedrigere Gebühren und weniger Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Laut mehreren Medienberichten erwartet die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) nach der Gebührenumstellung Mehreinnahmen von bis zu einer Milliarde Euro in der laufenden Gebührenperiode. Nicht die Rundfunkanstalten legen die Höhe der Rundfunkbeiträge fest, sondern die unabhängige KEF. Link zur Kommission: <http://www.kef-online.de/>.